



**Gegenanträge zur ordentlichen (virtuellen)
Hauptversammlung
am 11. Februar 2021 2020 in Hamburg**

Vom Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V. sind uns zu den Tagesordnungspunkten 2, 3 und 4 unserer ordentlichen (virtuellen) Hauptversammlung folgende Gegenanträge zugegangen:

TOP 2: Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns

Die vorgeschlagene Verwendung des Bilanzgewinns wird abgelehnt.

Begründung:

Die Verwendung des Bilanzgewinns muss schädliche Folgen des Kupferbergbaus und der Kupferproduktion berücksichtigen. Die Kupferproduktion belastet die Umwelt und führt zu gesundheitlichen Schäden bei der Bevölkerung in den Bergbauregionen und an den Standorten der Kupferhütten. Mit einem Dividenden-Verzicht können die Aktionärinnen und Aktionäre einen Beitrag zur Abmilderung der ökologischen, gesundheitlichen und sozialen Schäden, die bei der Kupferproduktion entstehen, leisten.

Aus dem Bilanzgewinn der Aurubis AG für das zurückliegende Geschäftsjahr soll keine Dividende von 1,30 € je Stückaktie (insgesamt 56.756.739,00) ausgeschüttet werden. Stattdessen soll der Betrag verwendet werden für:

- a) die Einrichtung eines Umwelt-Fonds, mit dem ökologische Schäden, die auf die Kupferproduktion zurückzuführen sind, ausgeglichen werden;
- b) die Einrichtung eines Fonds für Gesundheitsschäden, die auf die Kupferproduktion zurückzuführen sind;
- c) für die Einrichtung eines Sozialfonds für die Bevölkerung in Regionen, in denen Kupfer abgebaut wird.

TOP 3: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2019/2020

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, den Mitgliedern des Vorstands die Entlastung zu verweigern.

Begründung:

Die Aurubis AG unternimmt keine ausreichenden Anstrengungen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in den eigenen Lieferketten und wird den Anforderungen an menschenrechtliche Sorgfaltspflichten, welche die Bundesregierung im Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) formuliert, nicht gerecht.

Mangelnder Einsatz für die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in der Lieferkette aus Peru

Aurubis bezieht den Großteil seines Kupferkonzentrats aus Ländern wie Chile, Peru und Brasilien. Aus Peru stammt rund ein Viertel des nach Deutschland importierten Kupfers (Erze und ihre Konzentrate). Daraus lässt sich schließen, dass Aurubis den größten Teil davon verarbeitet. Aber der Konzern legt die konkreten Lieferanten nicht offen und zieht sich dabei immer wieder auf „Wettbewerbs- und Vertragsgründe“ zurück. In vielen Kupferabbaugebieten Perus kommt es zu schweren Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen Umweltauflagen. So werden seit Jahren hohe Schwermetallgehalte in der Umwelt gemessen, die die Gesundheit der Bevölkerung bedrohen und ihre Lebensgrundlagen zerstören. Proteste werden immer wieder unter Beteiligung der Sicherheitskräfte der Minenbetreiber gewaltsam unterdrückt. Im Sommer 2020 kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen und willkürlichen Verhaftungen, weil der Betreiber der Mine Tintaya-Antapaccay in der Provinz Espinar (Region Cusco) sich der Auszahlung einer einmaligen Corona-Hilfe an die Bevölkerung aus einem regionalen Entwicklungsfonds widersetzte.

Lieferbeziehung mit mexikanischem Konzern trotz massiver Gesundheits- und Umweltprobleme

Auch die Lieferwege aus anderen Ländern sind intransparent. Mit Hilfe der Handelsdatenbank Panjiva konnte die Christliche Initiative Romero aber herausfinden, dass Aurubis Kupfererz vom mexikanischen Bergbaukonzern Grupo México bezieht. Der Konzern verschuldete 2014 einen Dammbreach in der Kupfermine Buena Vista del Cobre, nach dem sich über 40.000 Tonnen giftige Bergbaurückstände in zwei Flüsse ergossen. In der Folge hat eine provisorische Einrichtung zur Gesundheitsüberwachung bei über 350 Menschen giftige Rückstände in Blut und Urin sowie Haut- und Gefäßkrankheiten festgestellt. Grupo México hat zentrale Abhilfemaßnahmen immer noch nicht umgesetzt. Z.B. wurde ein versprochenes Gesundheitszentrum nie in Betrieb genommen. Wasseraufbereitungsanlagen wurden immer noch nicht eingerichtet. Erst im November 2020 räumte eine staatliche Gesundheitsbehörde ein, das weiterhin massiv kontaminierte Brunnenwasser stelle eine Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung dar.

In Stellungnahmen schreibt Aurubis zwar allgemein von Screening-Verfahren und Kontrollen bei den Lieferanten. Daraus geht aber nicht hervor, welche Konsequenzen Aurubis aus den Menschenrechtsverletzungen gezogen hat. Dieses intransparente Vorgehen entspricht nicht den Erwartungen des Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung an menschenrechtliche Sorgfaltsmaßnahmen.

Geplanter Kupferabbau in Norwegen gefährdet Sami

Am 11.08.2020 unterzeichnete Aurubis ein Abkommen mit dem norwegischen Bergbauunternehmen Nussir ASA. Nussir plant in den nächsten 15 Jahren, jährlich ca. 2 Mio. Tonnen Erz abzubauen. Der Nussir-Aurubis-Vertrag ist mit einem Vertragsumfang von rund 927 Mio. € und 10 Jahren Laufzeit der größte Kupfervertrag in der Geschichte Norwegens. Das Kupfer soll bei Aurubis in Hamburg verarbeitet werden.

Das Projekt ist aus der Sicht samischer Rentierhalter und der Umweltorganisation Naturvernforbundet (Friends of the Earth Norway) sehr problematisch. In dem Gebiet der künftigen Mine bringen die Muttertiere ihre Jungen zur Welt. Der Bergbau würde sie vermutlich vertreiben. Die Sami könnten mit der Rentierwirtschaft auch die Basis ihrer Kultur und Kosmologie und letztlich ihre kulturelle Identität verlieren.

Mit dem Finnmarksgesetz von 2005 erkennt der norwegische Staat eine besondere rechtliche Stellung der Finnmark an. Die paritätische zusammengesetzte Finnmarkskommission ist damit beauftragt, die Land- und Wasserrechte in Finnmark zu regulieren. Die Sami kritisieren, dass im Fall Nussir die Weisungen der Finnmarkskommission ignoriert wurden. Insgesamt wurden beim geplanten Projekt die wirtschaftlichen Interessen gegen die Interessen der Sami abgewogen und als wichtiger erachtet. Naturvernforbundet, das Sami-Parlament und betroffene Rentierzüchter haben im März 2019 gegen die im Februar 2019 erteilte Betriebslizenz Klage eingereicht. Eine einvernehmliche Lösung mit den Sami-Rentierhaltern steht weiter aus. Nussir ASA will nach Ende des Kupferbergbaus jährlich 2 Mio. Tonnen Restmasse im Fjord in einer Tiefe von 50 bis 90 Metern entsorgen.

Keine Ziele für Naturschutz und Biodiversität

Aurubis weist den Dushanzi-Stausee nicht als Natur- und Biodiversitätsschutzgebiet (EU-Natura2000) aus, obwohl der Konzern Betreiber des Stausees und alleiniger industrieller Nutzer des Stauseewassers ist, das sich inmitten des Schutzgebiets befindet.

TOP 4: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2019/2020

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, den Mitgliedern des Aufsichtsrats die Entlastung zu verweigern.

Begründung:

Der Aufsichtsrat der Aurubis AG hat seine Aufgabe als Kontrollorgan des Vorstands nur unzureichend ausgeübt. Die bisherigen Maßnahmen der Aurubis AG reichen nicht aus, die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in der Lieferkette zu gewährleisten.

Arsen-Konzentration in Kupferkonzentraten

Der Aufsichtsrat ist dafür verantwortlich, dass der Geschäftsbericht und andere wichtige Publikationen über alle wichtigen Vorgänge und Probleme informiert. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat es die Aurubis AG erneut versäumt, die Aktionärinnen und Aktionäre ausreichend über die Problematik der gesundheitsschädlichen Arsenkonzentrationen in Kupferkonzentraten in ihren Werken zu informieren. Weder im Geschäfts- noch im Nachhaltigkeitsbericht wurde zu gesundheitsschädigenden Risiken durch Arsen in Kupferkonzentraten berichtet. Arsen ist ein hoch toxischer anorganischer Schadstoff, der nicht nur eine Gefahr für die Gesundheit des Menschen darstellt, sondern für das gesamte Ökosystem. Information zu Umwelt- und Gesundheitsrisiken für die lokale Bevölkerung sind umgehend zur Verfügung zu stellen. Die Information zu gesundheitlichen Risiken sind ein Menschenrecht und kein Betriebsgeheimnis.

Anstrengungen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie auch am Standort Bulgarien

In Zeiten der weltweiten Covid-19-Pandemie sind erhöhte Anstrengungen notwendig, um die Pandemie einzudämmen und Schutzbedürftige vollumfänglich zu schützen. Dies gilt auch für Aurubis Bulgaria. Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre bemängelt seit Jahren die unzureichenden Aktivitäten von Aurubis für das Regionalkrankenhaus am Aurubis-Werksstandort in Pirdop, welches sich im ärmsten Land der EU in Bulgarien befindet.

Das bulgarische Aurubis-Werk steuerte im abgelaufenen Wirtschaftsjahr einen Gewinnbeitrag von 136.204.000 € zum Gesamtgewinn der Aurubis AG bei. Trotz Gewinnsteigerung und Dividendenerhöhung war die Aurubis lediglich bereit, dem maroden Krankenhaus in Pirdop 30.000 € für Corona-Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Ärmere kranke Menschen der Region lassen sich weiterhin nicht auf Corona testen, weil sie die Corona-Test nicht bezahlen können. Privatbürger*innen spendeten Matratzen und Einmal-Masken für das Krankenhaus.

Frauenquote einhalten

Der Aufsichtsrat sollte sich darum kümmern, dass im Aurubis-Vorstand die bald vom Gesetz vorgeschriebene Frauenquote eingehalten wird. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, dass in Vorständen börsennotierter und paritätisch mitbestimmter Unternehmen mit mehr als drei Mitgliedern mindestens eine Frau sitzen muss. Zum Vorstand der Aurubis AG gehören vier Männer, aber keine einzige Frau ist Mitglied.

Profite aus kolonialen Gewaltverbrechen: wenig transparent und unzureichend aufgearbeitet

Der Aufsichtsrat sollte den Vorstand anweisen, mit der Geschichte des Unternehmens transparent umzugehen und Historiker*innen zu ermöglichen, diese aufzuarbeiten. So ist es dringend geboten, dass Aurubis für mehr Transparenz bezüglich der kolonialhistorischen Entstehung der Kupfermine in Tsumeb und dem damit verbundenen Bau der Eisenbahn nach Swakopmund von 1903 bis 1906 sorgt. Als direkte Folge des Eisenbahnbaus steht der vom Deutschen Reich verübte Genozid an den

Herero, Nama und anderen Menschen, durch deren Land die Eisenbahnstrecke führte und welche die koloniale Landnahme nicht widerstandlos hinnahmen. Nach der Ermordung von geschätzt 70.000 Menschen erfolgt der Eisenbahnbau durch die überlebenden Herero, die in Konzentrationslagern gefangen gehalten und zur Arbeit gezwungen wurden. Als direkte Nutznießerin dieser kolonialen Gewaltverbrechen steht die damalige Norddeutsche Affinerie AG, heute Aurubis AG. Den genauen Zusammenhängen des Ermordungsbefehls von General Lothar von Trotha, der Otavi Eisenbahn- und Minen AG und der Aurubis AG muss über historische Materialien in den Wirtschaftsarchiven noch nachgegangen werden.

Die kurze Erwähnung dieser Zusammenhänge in einem separaten Infokasten in der eigenen Firmenchronik „Cu 150.0“ (S. 52) wird weder dem Umfang der Kolonialverbrechen noch dem eigenen Anspruch von Aurubis, ein "geschichtsbewusster" Konzern zu sein, gerecht. Dies zeigt aber auch die Notwendigkeit einer umfassenden wissenschaftlichen Aufarbeitung. Aurubis muss dringend dafür sorgen, dass das Firmenarchiv für wissenschaftliche Arbeiten zugänglich wird und keine entsprechenden Anfragen mehr verweigert werden.

Die Erarbeitung der historischen Zusammenhänge kann nur aufgrund einer möglichst umfassenden Transparenz der kolonialen Verflechtungen der Kupfermine in Tsumeb geschehen. Die aktuellen Debatten um Restitution von im kolonialen Kontext „erstandenen“ Kulturgütern ethnologischer Sammlungen, der drängenden Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte insgesamt und speziell der juristischen Forderung nach der Anerkennung des Genozids der Vertreter*innengruppe der Herero begründet die dringende Aufarbeitung, die im öffentlichen Interesse ist.

Stellungnahme zu den Gegenanträgen unserer Aktionäre:

Die Verwaltung wird ggf. zu den Gegenanträgen auf der Hauptversammlung Stellung nehmen.

Aurubis AG
Der Vorstand